

PRESSEMITTEILUNG

Sonderförderprogramm „Politische Bildung und Beteiligung stärken“ – jetzt Antrag stellen

Der Europatag 2019 ist voraussichtlich auch der Tag, an dem die Volksbefragung zur Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre stattfinden wird. Aus diesem Anlass legt das Land unter dem Titel „Politische Bildung und Beteiligung stärken“ ein Sonderförderprogramm auf.

100.000 Euro stehen zunächst zur Verfügung, um Bildungsprojekte für Jugendliche zu unterstützen, deren inhaltlicher Schwerpunkt bei mindestens einem dieser Themen liegt:

- Einführung des Wahlalters ab 16 Jahren bei Landtagswahlen
- Wahlsystem und Wahlverhalten in Mecklenburg-Vorpommern
- Möglichkeiten der direkten Demokratie (Volksbefragung, Volksentscheide usw.)
- Vergleich von repräsentativer und direkter Demokratie
- politische Partizipation in Parteien, Verbänden und anderen Organisationen
- Möglichkeiten des konkreten politischen Engagements für Jugendliche im sozialen Nahraum

„Wie alt ist alt genug, um eine Wahlentscheidung zu treffen? Wem stehen welche Möglichkeiten der politischen Partizipation offen? Und gibt es davon genug? All das sind Fragen, zu denen es in unserer Gesellschaft unterschiedliche Auffassungen gibt und die ein Themenfeld aufmachen, das intensive Debatten verdient“, sagte Bildungsministerin Birgit Hesse.

Sie sieht in der Volksbefragung eine gute Gelegenheit, um mehr Interesse für politisches Engagement zu wecken: „Das Ergebnis der Volksbefragung wird die Schülerinnen und Schüler in unserem Land direkt

BM

Schwerin, 4. Oktober 2018

Nummer: 171-18

Ministerium für Bildung,
Wissenschaft und Kultur
Mecklenburg-Vorpommern
Werderstraße 124
D-19055 Schwerin
Telefon: 0385 588-7003
Telefax: 0385 588-7082
presse@bm.mv-regierung.de
www.bm.regierung-mv.de

V. i. S. d. P.: Henning Lipski

betreffen, schließlich geht es darum, ab wann sie darüber mitbestimmen, wer im Landtag vertreten ist.“

An der Volksbefragung darüber, ob für die Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern das Mindestwahlalter von 18 auf 16 Jahre abgesenkt werden soll, sollen auch die 16- bis 18-Jährigen teilnehmen dürfen.

Jochen Schmidt, Direktor der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern, erklärte: „Ich möchte Bildungsträger, Schulvereine oder Lehrkräfte ausdrücklich ermuntern, ihre Projekte bei der Landeszentrale einzureichen. Wir freuen uns über ihre Ideen und ihr Engagement. Die Antragstellung ist unkompliziert.“

Anträge können ab sofort bei der Landeszentrale für politische Bildung gestellt werden. Antragsteller können alle natürlichen oder juristischen Personen, u. a. Schulvereine oder Bildungsträger sein.

Weitere Infos unter:

Landeszentrale für politische Bildung

Tel: 0385 588-17950

Fax: 0385 588-17952

Email: poststelle@lpb.mv-regierung.de

Internet: www.lpb-mv.de